

ZUSAMMENFASSUNGEN

Thomas Biebricher / Frieder Vogelmann

Die Zukunft Europas zwischen Demokratie und Kapitalismus

In der fortgesetzten „Krise“ der Europäischen Union hat sich das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus mit Verve als Problem zurückgemeldet. Anhand der Diskussion zwischen Jürgen Habermas und Wolfgang Streeck demonstrieren wir, welche blinde Flecken der Debatte eine Analyse behindern, die weder utopisch noch resignativ jene Konflikte markiert, an denen die europäischen Bürger_innen zumindest in der Hoffnung teilnehmen können, sowohl die politisch auf Erfüllungshilfe für die Wirtschaft gepolten Nationalstaaten als auch ein für diesen Zweck gestaltetes Europa demokratisch durchzurütteln.

Claudia Landwehr

Die Diagnose ohne den Patienten gestellt. Anmerkungen zu Postdemokratie und Bürgerbeteiligung

Der Beitrag nimmt auf die im Zuge der Postdemokratie-Debatte geäußerte Diagnose einer zunehmenden Abwendung der Bürgerinnen und Bürger von der Politik Bezug und argumentiert, dass eine deliberative Demokratisierung von Prozessen institutionellen Designs Potenzial zur Re-Demokratisierung und Vitalisierung der Demokratie birgt. Mit Verweis auf eine Mainzer Bürgerkonferenz versuche ich zu belegen, dass es in der Bürgerdeliberation über allgemeine Regel- und Verfahrensfragen nicht zu einem Bias in Richtung der Interessen sozial Privilegierter kommt und dass Bürgerinnen und Bürger auch und gerade an Verfahrensfragen interessiert und in ihrer Beantwortung kompetent sind. Ihre Einbindung in Prozesse demokratischer Meta-Deliberation könnte zur Kontestation, Revision und Mandatierung eben derjenigen Gremien funktionaler Repräsentation beitragen, die für die Postdemokratie-Diagnose zentral sind.

Kathrin Ackermann / Richard Traunmüller

Jenseits von Schwerkraft und Höllenfeuer. Nicht-lineare Kontexteffekte auf den Zusammenhang von religiöser Gruppenzugehörigkeit und individuellem Wahlverhalten bei fünf Bundestagswahlen

Unser Beitrag untersucht den moderierenden Einfluss des sozialen Kontextes auf den Zusammenhang von religiöser Gruppenzugehörigkeit und individuellem Wahlverhalten. Während wahl- und religionssoziologische Theorien einen linearen Kontexteffekt annehmen, entwickeln wir ein theoretisches Argument, das einen nicht-linearen Effekt vorhersagt. Mehrebenenanalysen können dieses eindeutig bestätigen: Der Effekt der katholischen Konfession auf die Wahlwahrscheinlichkeit der Unionsparteien steigt bei zunehmendem Katholikenanteil zunächst an und nimmt wieder ab, sobald die Katholiken in einer deutlichen Mehrheit sind. Dieses Ergebnis, welches früheren Befunden widerspricht, findet sich für alle fünf betrachteten Bundestagswahlen von 1994 bis 2009, hält zahlreichen Robustheits-

analysen stand und ist ein wichtiges Indiz dafür, dass die katholische Wahlnorm in sozialen Gruppenprozessen aufrechterhalten wird.

Frank Gadinger / Sebastian Jarzebski / Taylan Yildiz

Vom Diskurs zur Erzählung. Möglichkeiten einer politikwissenschaftlichen Narrativanalyse

Es gehört zu den Kerneinsichten einer interpretativen Politikforschung, dass Sprache Wirklichkeit nicht nur beschreibbar macht, sondern auch als Medium ihrer Konstruktion funktioniert. Abgesehen von diesem Minimalkonsens aber ist die Frage noch weitgehend offen, auf welchen Techniken die Konstruktionsleistung der Sprache eigentlich beruht und wie diese rhetorischen Mittel ihre performative Wirkung entfalten. In diesem Beitrag wird argumentiert, dass es vor allem Narrative sind, die im Prozess der Erzählung in die soziale Praxis hineinwirken und dazu beitragen, dass Sprache politisch werden kann. Aus diesem Grund halten wir einen Dialog zwischen Politik- und Literaturwissenschaft für vielversprechend. Insbesondere die Auseinandersetzung mit Albrecht Koschorkes Werk „Wahrheit und Erfindung. Grundzüge einer Allgemeinen Erzähltheorie“ ist produktiv, um eine erste Grundlage zur Entwicklung einer Methodologie politischer Narrative zu schaffen. Zu illustrativen Zwecken haben wir hier den Fall der *UK-Riots* gewählt, der allerdings auch dazu dient, die Narrativanalyse an die operativen Schwierigkeiten ihrer Durchführung zu führen.

Skadi Krause

Demokratischer Föderalismus. Tocquevilles Würdigung der kommunalen Selbstverwaltung als Teil der Civil Liberty

Alexis de Tocqueville bewertete in „De la Démocratie en Amérique“ die Verfassung der USA mit ihrer geteilten Souveränität zwischen Staat und Bundesstaaten unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten positiv. Er zeigte sich vom politischen System der USA tief beeindruckt, da es politische Zentralisierung und Dezentralisierung in der Verwaltung verband, vielfältige Formen der Selbstregierung erlaubte und durch die Teilung der Gewalten ein genuines System der *checks and balances* schützte. Dass er trotzdem bisher kaum als Theoretiker des Föderalismus wahrgenommen wurde, liegt daran, dass sein Fokus auf der demokratischen Praxis dieser institutionellen Arrangements lag.

Tocqueville diagnostizierte, ausgehend von einem kaum beachteten französischen Diskurs über kommunale Selbstverwaltung, der sich bis ins *Ancien Régime* hinein verfolgen lässt, den Eigenwert der Kommune als grundlegend für ein demokratisches Politik- und Verwaltungsverständnis – und zwar nicht nur unter dem Aspekt praktizierter *Civil Liberty*, sondern als institutionalisierte Form von Selbstregierung und Selbstverwaltung in einem spezifisch lokalen Bezugsrahmen. Dadurch erweiterte er das föderale Geflecht, das sich nunmehr auf Union, Einzelstaaten und Kommune bezog. Zugleich machte er aber auch deutlich, dass eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft ohne eine grundlegende Verwaltungsreform zum Scheitern verurteilt war. Die Pluralität politischer Meinungen, wie sie von den Verfassungsvätern als Grundlage für die Demokratie in einem großen Flächenstaat angesehen wurde, setzte die institutionalisierte Autonomie der Kommunen voraus.

Thomas Plischke

Fällt die Wahlentscheidung immer später? Die Entwicklung des Zeitpunkts der Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1969 bis 2009

Umfragedaten belegen, dass Wähler ihre Wahlentscheidungen heutzutage später treffen als noch vor 40 Jahren. Jedoch bestehen Zweifel an der Validität der Zeitpunkt-Messung, da diese auf einer unzuverlässigen retrospektiven Selbsteinstufung fußt. Dieser Beitrag verfolgt das Ziel, den Zeitpunkt der Wahlentscheidung mit einer alternativen Messmethode auf der Grundlage von Paneldaten aus acht Wahljahren zwischen 1969 und 2009 zu messen, um zu untersuchen, ob sich die Zunahme später Wahlentscheidungen auch hier feststellen lässt. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die Rückerinnerungsmethode stark fehlerbehaftet ist. Die Zunahme später Wahlentscheidungen ist deutlich geringer als bislang vermutet.

Irene Weipert-Fenner

Neue Akteure, neue Prozesse – alles beim Alten? Über den schwierigen Umgang mit der Ambivalenz der arabischen Transformationsprozesse

Drei Jahre nach den Massenprotesten in der MENA-Region ist immer noch unklar, ob die Transformationen zur Demokratie führen werden. Der Artikel reflektiert die Herausforderung, die die Ergebnisoffenheit der Entwicklungen für die erste „Welle“ an Publikationen darstellt. Erstens wird die schwierige Suche nach dem passenden Begriff für die Ereignisse 2011 diskutiert: „Arabischer Frühling“ oder „Arabische Revolutionen“? Zweitens zeigt sich, dass die Autoritarismusforschung soziale Bewegungen und Wechselwirkungen politischer Prozesse „von oben“ und „von unten“ bisher unterschätzt hat, allgemeinere Schlüsse aufgrund der Dynamiken aber kaum zu ziehen sind. Drittens zeigt sich an Ägypten und Tunesien die Ambivalenz daran, dass Armee, Islamisten und Medien die Demokratisierung stützen, aber auch gefährden können; Entwicklungen, auf die die EU ihre Demokratieförderung nicht hinreichend angepasst hat.